





# Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kisleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kisleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Weig), Markt 34/35  
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 28332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Westmetall 20 Pf. Anzeigenanträge am Drucktag bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtparlasse Nebra — Bankverein Artern.

No 114

Donnerstag, den 22. September 1932.

45. Jahrgang

## Zweierlei Englisch

Präsident Henderson nach Minister Simon.

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat dem Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath in einem Brief die deutsche Abgabe für die Sitzung des Büros der Konferenz befohlen, und er hat einen Tag später in einem Zeitungsausschnitt seine Auffassung über die Haltung Deutschlands und die aus ihr abzuleitenden Folgen niedergelegt.

Diese beiden Verlautbarungen des von England befehlten Präsidenten der Abrüstungskonferenz, also wohl doch des für das ganze Abrüstungsproblem kompetentesten Engländers, unterscheiden sich sehr auffällig von der Note, die der englische Außenminister Simon in der Abrüstungsfrage an die Reichsregierung gerichtet hat.

Der Unterschied liegt sowohl in der Form wie in der Meinung. Präsident Henderson hat sein Schreiben an den Reichsaussenminister in einem überaus konfliktanten Ton gehalten und sich bemüht, den deutschen Gründen für das Fernbleiben von der Konferenz sachliche und stimmungsmäßige Gegenargumente entgegenzusetzen, die zeigen,

daß er die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkennt, und daß auch er keinen Zweifel an der Notwendigkeit dessen möchte, zu positiven Ergebnissen zu kommen.

Wenn er sich auf seine Rede vor der Generalkommission bezieht und sich selbst zitternd sagt, wenn er nicht an eine Zeit der Ernte glaube, so würde er die Kommission bitten, ihn zu entschuldigen, daß er nicht noch einmal für ein halbes Jahr nach Genf käme, so ist das im Kern der Person Hendersons ganz gewiß nicht nur Zweifeltum, sondern der ehrliche Glaube an die Möglichkeit des Erfolges.

Die Ehrlichkeit der Meinung Hendersons und die Geduld seiner Auffassung geht besonders eindringlich aus seinem Aufsatz im „News Chronicle“ hervor, wo er sagt, daß auch für die Sitzung des Büros der Konferenz die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung die entscheidende Frage sein werde, daß die Dringlichkeit dieser deutschen Forderung nicht zu unterschätzen ist, und daß seine Session der Abrüstungskonferenz darüber erlaubt sein könne, daß diese Frage jetzt mit solcher Dringlichkeit aufgeworfen werde.

Das klingt wesentlich anders als der schulmeisternde und völlig an dem Gewicht der Tatsachen vorbeigehende Inhalt der Londoner Note. Wenn Henderson am Schluß seines Aufsatzes sagt, daß im Hinblick gerade auf die Bindungen von Versailles und Locarno nur eine Antwort auf die deutsche Forderung möglich ist, die sich nicht nur mit der Ehre, sondern ebenso mit der Aufrechterhaltung guter Beziehungen unter den Nationen verträglich, so spricht auch aus diesen Worten ein anderer Geist als aus denen des englischen Außenministers. Die Kommentare der englischen Presse zu der Note an Deutschland zeigen, daß der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung Englands eben doch wie Henderson, und vielleicht bleibt doch noch ein Rest von Hoffnung, daß die verärrtete Burokratie des englischen äußeren Dienstes durch solche Stimmen eines Besseren belehrt und auf den einzig möglichen Weg gelenkt wird. Niemand würde das mehr begrüßen als Deutschland.

## Englische Kritik

London, 21. September.

Der liberale „News Chronicle“ bedauert in einem Beiratsartikel den Entschluß Deutschlands, nicht nach Genf zurückzukehren, nennt ihn aber begründlich. Es ist auch bedauerlich, daß die britische Denkschrift keinen entscheidenden Beitrag zur Lösung dieses kritischen Problems bringe. Die Denkschrift des Foreign Office ist keineswegs ein Ausdruck der wahren Stimmung des Landes.

„Daily Express“ schreibt: Das britische Publikum ist der Ansicht, daß der Friedensvertrag meint, was es sagt, und daß die britische Nation nicht beabsichtigt, sich mit den Deutschen zu vereinigen um der Franzosen willen, die nur ihre militärische Beherrschung Europas aufrechterhalten wollen.

## Amerikanischer Druck

Deutschland soll sich an den Genfer Beratungen beteiligen. Washington, 21. September.

Zur deutschen Forderung nach Gleichberechtigung hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, eine Erklärung veröffentlicht, in der er darauf hinweist, daß die Haltung Americas zu dieser Frage klar sei. Es handle sich um eine europäische Frage, und überdies habe Amerika auch nicht den Vertrag von Versailles unterschrieben. Die Vereinigten Staaten hätten lediglich an einer schriftlichen Abrüstung in der ganzen Welt Interesse und wünschten, daß sich Deutschland weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteilige, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend sei. Die Vereinigten Staaten würden ihre Hilfe leisten, um dieses Ziel zu erreichen.

## Kanzler und Landtagspräsident

Die Beanstandung eines Parlamentsbeschlusses.

Berlin, 21. September.

An der Presse wird im Zusammenhang mit dem Bericht über den Empfang des Landtagspräsidenten Kerr bei

Reichspräsident von Hindenburg davon gesprochen, daß Reichskanzler von Papen, der bei diesem Empfang zugegen war, von dem Landtagspräsidenten die Zurücknahme eines seinerzeit gefaßten Landtagsbeschlusses verlangt hat, wonach den preussischen Beamten geraten wurde, den Anordnungen der kommissarischen Staatsregierung nicht Folge zu leisten.

Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß Reichskanzler von Papen in der Tat der Erwartung Ausdruck gegeben hat, daß es bei diesem Beschluß des Landtags nicht bleiben werde. Der Kanzler hat den Landtagspräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die kommissarische preussische Staatsregierung sich mit einem dergleichen Beschluß des preussischen Landtags nicht abfinden könne.

Es handelt sich um einen kommissarischen Antrag, der in der Sitzung des Preussischen Landtags vom 30. August dieses Jahres Annahme fand. Der Antrag lautete: „1. Der Reichspräsident wird aufgefordert, sofort seine Verordnung vom 20. Juli 1932 betr. die Einsetzung des Reichskommisars für Preußen aufzuheben; 2. alle auf Grund dieser Verordnung getroffenen Maßnahmen sind sofort rückgängig zu machen; 3. kein Beamter oder Angestellter ist verpflichtet, den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Dienstankordnungen nachzukommen.“

Die Beanstandung richtet sich gegen die Forderung zu 3, die mit einer aus Nationalsozialisten und Kommunisten bestehenden Mehrheit zum Landtagsbeschluß erhoben wurde.

Die Zustimmung zum Regierungsprogramm  
Vor der Reichsversammlung wird mitgeteilt: Dem Reichskanzler sind aus Anlaß des durch Rundfunk verbreiteten Regierungsprogramms eine so ungemein große Anzahl von Zustimmungserklärungen aus allen Teilen des Landes zugegangen, daß er sich zu keinem Bedauern außerstande sieht, sie alle persönlich zu beantworten.

Er übermittelte daher auf diesem Wege seinen herzlichsten Dank allen denen, die bei der Zeit des Vaterlandkampfes mit heißem Herzen als Kämpfer in der Reihen der Front „mit Hindenburg für Deutschlands Erneuerung“ kämpften.

## Rückkehr Dr. Schnees

Herzlicher Empfang in Berlin.

Berlin, 21. September.

Gouverneur v. D. Dr. Schnee, das deutsche Mitglied der Väterbundeskommission für den sinojapanischen Konflikt, traf aus Ostasien kommend in Berlin ein. Dr. Schnee hat auf dieser Reise insbesondere eng mit Lord Lytton, dem Führer der Kommission und früheren Bischof von Indien, zusammengearbeitet. Auf dem Bahnhof hatten sich neben der Gattin des Gouverneurs des japanischen Botschafters und eine große Zahl von Persönlichkeiten zum Empfang eingefunden. In einer Ansprache brachte Erzengel Dr. Schnee zum Ausdruck,

daß er es als seine Pflicht erachte, seine Kräfte jetzt einzusetzen in den großen Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung, das heißt um die Errettung der nationalen Ehre für Deutschland, die Befreiung der Kriegsschuldlosen, die Wiedergewinnung deutscher Kolonien, die Lösung der Fragen, die mit dem Auslandsdeutschtum zusammenhängen.

Erzengel Schnee schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß wirkliche Gleichberechtigung erst vorhanden sein würde, wenn der Versaillesvertrag in seiner Gesamtheit beseitigt ist.

## Staatsgerichtshof am 6. Oktober

Vorläufig auch keine Reichsentscheidung.

Berlin, 21. September.

Der Termin vor dem Staatsgerichtshof, in dem über die Klage der preussischen Minister wegen der Einsetzung des Reichskommisars entschieden werden soll, wird nochmals eine Vertagung erfahren.

Die Verhandlung, deren Beginn für den 29. September in Aussicht genommen worden war, wird voraussichtlich erst am 6. Oktober beginnen.

Im Reichsrat besteht unter diesen Umständen die ungeklärte Lage fort. Weder das Reichsratsplenum noch Ausschüsse des Reichsrats sind bisher zu Sitzungen einberufen worden. Der dringlicher Arbeitsloß zuletzt für den Reichsrat nicht vorliegt, wird man auch in der nächsten Zeit noch die Einberufung des Reichsrats nach Möglichkeit vermeiden. Eine Reichsentscheidung vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofs würde ebenfalls den Konflikt mit aller Schärfe von neuem wieder aufleben lassen, da die bisherigen preussischen Reichsratsbeschlüssen nach wie vor allein das Recht in Anspruch nehmen, Preußen im Reichsrat zu vertreten.

## National und sozial!

13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Düsseldorf, 21. September.

Der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften schloß die Aussprache über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage fort. Die Aussprache nahm den ganzen Vor-

mittag in Anspruch. Besonders eingehend wurde die wirtschaftspolitische und soziale Frage behandelt. Eindringlich schilderten die Delegierten die harte Not der erwerbsfähigen Kollegen und Kollegeninnen, denen bei den jetzigen Unterhaltungslohn jede Ergänzungsmaßnahme fehlte.

Sie forderten Ausbau der christlichen Arbeiterhilfe, die so segensreich gemerkt hat, an die aber in der kommenden Zeit große Anforderungen gestellt werden müssen.

Nach Schluß der Aussprache stellte Abgeordneter Schwarz Leipzig fest, daß die christlichen Gewerkschaften sich mit aller Macht gegen diejenigen Kräfte wehren werden, die die Wirtschaft haben, die Arbeiterkraft in Deutschland wieder zu Staatsbürgern zweiter Klasse zu machen. Dann fuhr der Redner fort: Trotz allem, was in der letzten Zeit passiert ist, muß immer noch die hohe Verantwortung, die die christlichen Gewerkschaften gegenüber Staat und Volk tragen, unterstrichen werden. Wie als christliche Gewerkschaften bedauern es in außerordentlichem Maße, daß mit dem Ausbruch nationaler Willensäußerung so viel antizipale Einstellung vernichtet worden ist.

Alles, was hier gegen die Politik der letzten Monate gelangt worden ist, gefahrdrohend vom parteipolitischen Standpunkt aus; es ist gelangt worden, um dem Volke zu dienen, denn wer der Arbeiterschaft dient, dient auch dem Volke. Was wir fordern, ist, daß nationale Stimmung und soziale Stimmung untrennbar für alle Zukunft sein müssen.

Nach Beendigung des Berichts der Wandlungsprüfungskommission trat eine kurze Mittagspause ein. Nach der Mittagspause sprach der Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Dr. Baltrusch, Mitglied des Reichsrats, über die Wirtschaftskrise und die volkswirtschaftliche Organisierung der Gewerkschaften.

## Die Herbstmanöver 1932

Religiöse Mengen von Schachbunzlern im Gelände.

Stuttgart a. D., 21. September.

Die in dem Ober-Warthe-Bogen angelegten roten Kräfte, darunter ein Kavallerieregiment, hatten bis zum Abend mit der Masse etwa die Gegend Weieritz-Schmiebus-Züschau erreicht. Die weit vorgeschobenen Aufklärungsgruppen, unter denen sich auch motorisierte Bataillone befanden, hatten den Auftrag, über die Ober bederleits nach Westen vorzustoßen. Von vielen Aufklärungsgruppen erreichten unter schwachen Kämpfen die nördlich vorgelagerten Teile die Gegend zwischen Keppen und Sternberg, die südlich über Crollen vorgelagerten die Ober bederleits von Füllbergren.

Im Bereich von Füllbergren kam es zu Kämpfen mit über die Ober es aber noch berg zu sprengen, südlich von Güterberg der Ober.

Die Ober bei Biffon hielten den Linie Keppen—Füllbergren vorläufig der 3. Division erreicht. Blaue Keppen und Sternberg, die südlich von Füllbergren auf den Übergang der

den Schichten der roten Truppen verlohrenweise verlohren ihrer Vberer militärische Schauen dieses Grenz-

21. September.

der Mandchurerei in China von neuen ungenutzten, und von ungenutzten Partelen

nenigstens fürs erste zusammengefaßt, auch die internationale Politik wird durch das Vorgehen Japans aus flächtige in Mitteldeutschland gezogen, und auch hier zeigt sich eine gemeinsame Front gegen Tokio.

Besonders in den Vereinigten Staaten kommt die Empörung und die Sorge über die japanische Politik sehr lebhaft zum Ausdruck und führt bis zu Ermahnungen über diplomatische und militärische auch militärische Gegenmaßnahmen. Die englische Diplomatie kommt etwas langamer in Schwung, aber auch in London ist man sich klar darüber, daß die Erklärung des japanischen Außenministers über die Eingangsbedingungen der „offenen Tür“ in der Mandchurerei zu internationalen Verwicklungen führen muß. Der auf dem Seemanns befehlige Väterbundesauschuß, der die Zustimmung in der Mandchurerei an Ort und Stelle gerührt hat, sieht nach Berichten und Versicherungen seiner maßgebenden Mitglieder die Lage als überaus kritisch an und glaubt, daß Japan seine politischen Ziele nur mit Gewaltmaßnahmen durchsetzen könnte. So wird das mandchurische Problem zu einer internationalen Sorge ersten Ranges und dürfte sich bald

